

Deutscher Wirtschaftskongress.

Wirtschaftsrat und Gesetzgebung. — Waffenstillstand und Außenpolitik. — Appoll an Weimar.

Die zweite Kundgebung, die der vorbereitende Ausschuss des Deutschen Wirtschaftskongresses gestern in der Philharmonie veranstaltete, dürfte den zahlreichen Teilnehmern bewiesen haben, daß der Grundgedanke, einen neutralen Boden für die Erörterung wirtschaftlicher und politischer Probleme von den verschiedensten Standpunkten aus zu schaffen und damit der wirtschaftlichen Aufklärung zu dienen, fruchtbar ist.

Generaldirektor Brückmann leitete die Tagung mit einer Ansprache ein, in der er die Notwendigkeit, alle Kräfte des deutschen Wirtschaftslebens zu sammeln und vor allen Dingen auch gegenüber dem Druck, der von außen auf uns ausgeübt wird, unseren Willen zur Widerstandskraft kundzugeben, darlegte. Nach ihm sprach eine große Reihe von Rednern, teils Beauftragte der Reichsämter, teils Vertreter industrieller oder kaufmännischer Gruppen, sowie Vertreter der wirtschaftlichen Wissenschaft und des Schrifttums.

Zwei Probleme traten in der Erörterung besonders in den Vordergrund, und unser Bericht muß sich damit begnügen, die Erörterungen über diese beiden Hauptfragen kurz darzustellen.

Der Vertreter des Reichsamtes für wirtschaftliche Demobilisierung, Dr. Fischer, hatte die Maßnahmen seines Amtes zum Abbau der Kriegsaufträge und zur Neubelebung unserer Wirtschaft kurz erörtert und, trotz des Eingeständnisses, daß in bezug auf die Neubelebung noch vieles im Argen liege, als die richtigste Art des Vorgehens verteidigt. Diese Darlegungen gaben einem späteren Redner, Direktor Kraemer, Gelegenheit, die ganz andere Anschauungsweise der Unternehmer darzulegen. Direktor Kraemer erzählte, daß auf der Tagung, in der kürzlich in Jena die großen Industrieverbände zum Reichesverband der Industrie vollzogen wurde, die Stimmung des Unternehmertums dahin zum Ausdruck gebracht worden sei, daß allein noch bei der Arbeiterschaft das Heil zu suchen sei, aber nicht bei den Behörden. Die Unternehmer lehnten es ab, sich weiter von Amts wegen regieren zu lassen. Heute würde von zwei Aemtern aus der Unternehmungsgeist ertötet. Die Unternehmer stellen sich dagegen jetzt geschlossen auf den Boden der Arbeitsgemeinschaft mit den Gewerkschaften und hoffen, so das wirtschaftliche Leben wieder in Gang bringen zu können. Von der Nationalversammlung, wie von jedem politischen Parlament, befreiten die Unternehmer, daß es nicht genügend Zeit für die Nöte der deutschen Industrie haben werde. Sie fordern deshalb neben dem politischen Parlament die Schaffung eines Reichswirtschaftsrates, der sich auf die altbewährten Fachverbände stützen soll und dessen Befugnisse in der Verfassung verankert werden sollen.

An diese Gedankengänge knüpfte später in der Debatte Julius Kaliskian. Er betonte, daß auch vom sozialistischen Standpunkt die Erhaltung der Initiative des Unternehmertums notwendig sei. Auch er glaubt, daß die jetzt durchgesetzte Anerkennung der Arbeitsgemeinschaft nützlich werden könnte für die Wiedererweckung des Arbeitswillens. Von den Unternehmern müsse man aber verlangen, daß sie bei aller berechtigten Abneigung gegen Bürokratisierung nicht alle Zusammenfassungen, die notwendig sind zur Erhöhung der Produktivität unserer Wirtschaft, einfach als Zwangswirtschaft ablehnen. Die Zusammenfassung der Gesetze ist jetzt für uns notwendiger denn je, sie kann erfolgen, durch eine Selbstverwaltung unter Führung des Reiches. Die Kartelle und Syndikate der Industrie geben das Vorbild. Sie müssen nur mit gemeinwirtschaftlichem Inhalt ausgefüllt werden. Bei solchen Formen der Sozialisierung ist auch Arbeitspflicht und Unterbindung wilder Streiks eine Notwendigkeit, die gerade von den Arbeitern anerkannt werden würde. Kaliski betonte, es sei ein alter sozialdemokratischer Grundsatz, daß die Wirtschaft die Politik bestimmen müsse. Er geht deshalb über die Forderung des Wirtschaftsreife hinaus und fordert neben dem künftigen Reichstag ein Parlament der Arbeit, das aus den organisierten Vertretern aller produzierenden Stände gebildet werden soll, und dem durch die Verfassung ein Vetorecht für die Gesetzgebung eingeräumt werden soll, mit der Wirkung, daß, wenn dieses Parlament der Arbeit gegen ein Gesetz künftig sein Veto erhebt, das Gesetz zur nochmaligen Beratung an den Reichstag zurückzuverweisen ist. — Hier zeigte sich, wie von verschiedenen Grundanschauungen ausgehend, die Vertreter wirtschaftlicher Interessen zu ganz ähnlichen Forderungen gelangen können.

Die außenpolitischen Erörterungen wurden eingeleitet durch eine Rede des Vertreters der Waffenstillstandskommission, Freiherrn v. Gobsattel, der zunächst darauf hinwies, daß die Waffenstillstandskommission durch ihren flammenden Protest gegen die neuesten wirtschaftlichen Vergewaltigungen den Kampf für die Erhaltung der deutschen Wirtschaft aufgenommen habe. Er betonte aber, man müsse bei der Beurteilung der Arbeit der Waffenstillstandskommission berücksichtigen, daß in Wirklichkeit nicht verhandelt, sondern diktiert werde. Der Abbruch der Verhandlungen würde den Kriegszustand bedeuten, jeder Verkehr über den Rhein würde unterbunden und unsere Industriebezirke würden zerstört werden. Demgegenüber erscheine es als das kleinere Übel, das Diktat des Diktators Foch entgegenzunehmen.

Julius Kaliski ging bei seinen außenpolitischen Betrachtungen davon aus, daß unser Zusammenbruch dadurch herbeigeführt worden sei, daß unsere Politik nicht auf unsere Rolle als Weltwirtschaftsvolk eingestellt gewesen ist. Wir haben es vernünftiger, auf die notwendige Bildung von großen Wirtschaftseinheiten unsererseits hinzuwirken. So kamen wir dazu, einen Krieg zu führen mit Frankreich und Rußland, obwohl wir zu diesen Ländern keine Wirtschaftsbeziehungen haben. Ein wirtschaftlicher Gegensatz bestand und besteht nur zwischen England und uns. England, das vor dem Kriege 500 000 Auswanderer im Jahre aus der Heimat verlieren mußte, weil es ihm an schöpferischer Kraft gebrach, wurde dazu gedrängt, die deutsche Wirtschaftskraft kriegerisch anzugreifen. Auch in Zukunft kann unsere Politik im Rahmen des Völkerbundes nur fruchtbar werden, wenn sie auf kontinentalen Zusammenschluß, auf Ergänzung der kontinentalen Wirtschaften gegenüber dem großen anglo-amerikanischen Wirtschaftsimperium gerichtet ist. Deshalb sei es auch ganz falsch, immer von dem Diktator Foch zu sprechen. England und Amerika hätten sich doch nicht mit gebundenen Händen Foch verschrieben, sondern Foch sei der Vertreter der ganzen Entente. Wir müssen die kontinentale Verständigung erstreben und auch unter diesem Gesichtspunkte die Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen führen.

Gehobrat Prof. Schumacher erörterte ausführlich die durch die harten Waffenstillstandsbedingungen hervorgerufenen Nöte der deutschen Wirtschaft. Es erscheine, so führte er aus, als ob die Entente durch Fochs Waffenstillstand Wilsons Frieden antezugraben wolle. Insbesondere die bedingungslose Aus-

lieferung unserer Handelsflotte sei ein geradezu verzichtender Schlag. Es sei unbegreiflich und beschämend, in welcher Weise unsere Unterhändler sich diesen wirtschaftlichen Vergewaltigungen, die mit dem Waffenstillstandsvertrag an sich nichts zu tun hätten, unterwerfen. Die Gegner fühlen gleichsam ab, wie weit die wirtschaftliche Widerstandslosigkeit bei uns gehe und nichts sei verderblicher, als wenn ihnen kein starker Wille entgegentritt. Die Erfahrungen mit der Waffenstillstandskommission müssen auch schwere Besorgnisse in bezug auf unsere Vertretung bei den Friedensverhandlungen hervorrufen. Es ist deshalb nichts notwendiger, als den gemeinsamen Willen der deutschen Wirtschaft zur Selbstbehauptung und zum Widerstand gegen Vergewaltigungen, die dem Wilsonprogramm widersprechen, nachdrücklich zu bekunden.

Einmütig beschloß die Versammlung, die Absendung der folgenden Entschlüsse an die Nationalversammlung in Weimar:

„Die vom vorbereiteten Ausschuss des Deutschen Wirtschaftskongresses am Tage des Zusammentritts der Deutschen Nationalversammlung zu einer Kundgebung überbrachten Vertreter der Volkswirtschaft aus allen Teilen Deutschlands begrüßen die Deutsche Nationalversammlung in der Hoffnung, daß durch ihre Beschüsse nun auch wieder das deutsche Wirtschaftsleben auf eine gesicherte Grundlage gestellt werden wird. Die Versammlung fordert insbesondere, daß unverzüglich alles geschieht, um die volle Arbeitsfähigkeit der deutschen Wirtschaft wieder herzustellen und die Arbeitsmöglichkeit zu gewährleisten. Die Versammlung fordert sodann, daß nur ein Rechtsfrieden geschlossen wird, der alle im Kriege getroffenen Kampfmaßnahmen sofort aufhebt, der die Freiheit des Weltverkehrs wieder herstellt, der die wirtschaftliche Gleichberechtigung allen Völkern verbürgt und der die Zufuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen für die deutsche Arbeit sichergestellt. Die Versammlung fordert daher von den Vertretern des deutschen Volkes, daß sie einen Deutschland diktierten Gewaltfrieden, der unter Verletzung der 14 Wilsonschen Punkte die Lebensbedingungen des deutschen Volkes untergräbt und die Wiederaufrichtung der deutschen Volkswirtschaft unmöglich macht, als unannehmbar abweisen werden.“